

**Seniorenheime**

Gerd Will besuchte im Rahmen seiner Wahlkreisbereisungen einen Großteil der Grafschafter Seniorenheime. In Gesprächen mit den Heimleitungen und den Bewohner überzeugte er sich von dem Zustand der Grafschafter Pflegeeinrichtungen. Innerhalb des letzten halben Jahres hat der Landtagsabgeordnete insgesamt zehn Einrichtungen dieser Art zwischen Bad Bentheim und Emlichheim besucht. »Für diese Besuche hab ich mir bewusst viel Zeit genommen«, so Will. ■

**Uwe Schwarz**

Am 22. Januar 2007 besucht Uwe Schwarz die Grafschaft. Der Sozialpolitiker ist Mitglied in Wolfgang Jüttners Kompetenzteam. Um 10.00 Uhr wird der Abgeordnete mit Vertre-



tern der Wohlfahrtsverbände über die Situation des Kinderschutzes in der Grafschaft Bentheim diskutieren. Um 12.00 Uhr ist eine Stippvisite in der Bad Bentheimer Fachklinik Paulinenkrankenhaus geplant. ■

**Bürozeiten**

Das Büro des Landtagsabgeordneten Gerd Will am Stadtring 38 in Nordhorn, Telefon 05921 729338 ist montags, mittwochs und freitags von 8.00 bis 12.30 Uhr geöffnet und dienstags und donnerstags von 13.30 bis 16.30 Uhr. Ansprechpartnerin ist Wills Mitarbeiterin Annegret Arnold. ■

**Krankenhausversorgung in der Grafschaft**

*Kommentar von Gerd Will, MdL*

**Über drei Jahre wurde zwischen den beiden Nordhorner Krankenhäusern über eine Fusion verhandelt. Entscheidende Schritte sind 2007 eingeleitet worden, um daraus ein wirtschaftlich starkes, wohnortnahes und patientenfreundliches Haus zu entwickeln.**

Leider haben Landrat Kethorn und die CDU-Kreistagsmehrheit nicht alle Kraft darauf verwendet, ein ökumenisches Krankenhaus zu schaffen. Im Gegenteil - der katholischen Kirche wurden der Aufsichtsratsvorsitz und ein doppeltes Stimmrecht bei der Holding eingeräumt. Die reformierte Kirche sitzt leider am sprichwörtlichen »Katzentisch«.

Dies ist keine optimale Voraussetzung für den weiteren Fusionsprozess. Dazu kommt, dass mit dem Weggang von Dr. Muhs und der Schließung der Frauenklinik viele Patientinnen aus der Grafschaft den Arzt ihres Vertrauens auf einen Schlag verlieren. Behandelt wird zukünftig nur am Standort der Euregio-Klinik an der Hannover Straße. Das ist äußerst



bedauerlich. Hier wäre eine Lösung mit Dr. Muhs an der Albert-Schweitzer-Straße wichtig gewesen. Darüber hinaus schwelt seit langem der Streit zwischen den Orthopäden am Paulinenkrankenhaus in Bad Bentheim und Nordhorn über die stationäre orthopädische Versorgung. Auch hier hat Herr Kethorn zulange gewartet und sich nur auf die Nordhorner Fusion konzentriert. Mit dem Ergebnis, als er Verhandlungen endlich aufnahm, hatte Bad Bentheim ein weitreichendes Angebot des Krankenhauses Rheine. Die Haltung der Bentheimer ist verständlich. Die SPD hat immer darauf gedrungen, alle

drei Krankenhäuser in eine Neuordnung der Grafschafter Krankenhauslandschaft einzubeziehen. Auch hier hat der Landrat hinhalten verhandelt. Wir sehen das Ergebnis: In der Orthopädie wird es in Zukunft in der Grafschaft Wettbewerb zwischen der Euregioklinik und dem Paulinenkrankenhaus mit dem Rheinenser-Krankenhaus geben. Das ist bedauerlich. Grafschafter Lösung heißt - gemeinsam und stark auftreten - davon kann nunmehr nicht die Rede sein. Kethorn und die Kreistagsmehrheit haben dabei zu viele Fehler gemacht. Schade für die Patienten und für die Beschäftigten in der Krankenhausversorgung. ■

**Gerd Will unterwegs mit »Essen auf Rädern«**

Einen Politikerbesuch der etwas anderen Art absolvierte kürzlich der SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Will. Über drei Stunden lieferte der Politiker warme Mahlzeiten an ältere und kranke Mitbürger in Nordhorn aus. »Ich wollte mir einmal nicht nur berichten lassen, sondern selbst mit anpacken«, so Will gegenüber unserer Zeitung. Wichtig sei ihm gewesen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die das Haus nur noch selten verlassen können.

Die Diakonische Station Niedergrafschaft beliefert von Emlichheim bis Nordhorn täglich bis zu 150 Personen mit Mittagessen. »Tendenz steigend«, wie

der Geschäftsführer der Einrichtung Jan-Harm Koops dem Politiker berichtete. Gerade ältere Personen würden den ambulanten Service immer häufiger in Anspruch nehmen. Sie fühlten sich heutzutage fitter und

blieben länger in den vertrauten vier Wänden. Zudem sei das Essen mit einem Preis von um die fünf Euro günstig und würde unabhängig vom Wohnort warm auf den Tisch gestellt. ■



Das Foto zeigt v. l. n. r.: Kai Schwolow (Pfleger), Jan-Harm Koops (Geschäftsführer d. Diakoniestation Niedergrafschaft) und Gerd Will

**Jahresplanung 2008 des Arbeitskreises Soziales**

**Der Arbeitskreis Soziales der Grafschafter SPD hat sich für das Jahr 2008 eine Menge vorgenommen. So sollen alle Grafschafter Familienservicebüros besucht werden, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.**



Kritisch beurteilt wird das Tagesmüttermodell in der Kinderbetreuung. »Wir wollen nachhaken wie es bei uns umgesetzt wird«, so Wiebke Buchholz-Will die Arbeitskreissprecherin. Daneben wird beklagt, dass eine Kin-

dertagesstättenplanung in der Grafschaft fehle. »Hier brauchen wir mehr Koordina-

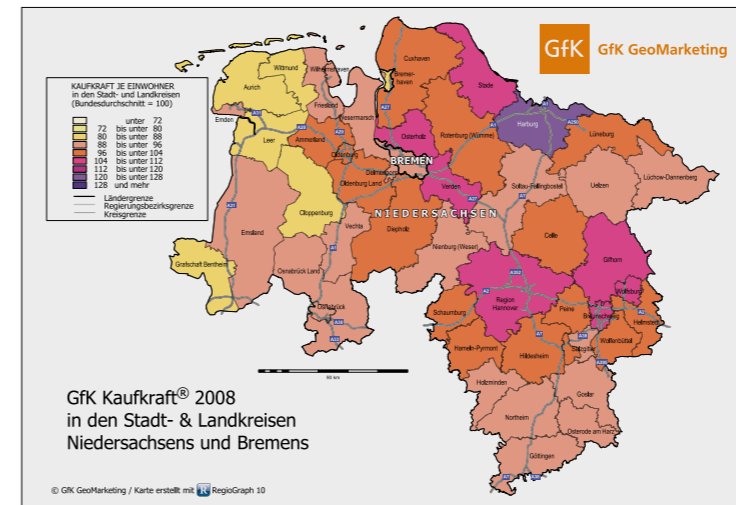
tion«, so Buchholz-Will weiter. Ein anderer Schwerpunkt wird in der Präventionsarbeit gesehen. Die Vorbeugung unter anderem gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen durch aufsuchende Jugendarbeit soll verstärkt werden. Nachgedacht werden soll ferner über einen generationsübergreifenden Freiwilligendienst. Die Arbeits- und Ausbildungssituation für Frauen und für MigrantInnen blieben wichtige Themen, an denen weitergearbeitet wird, heißt es. ■

**Zeitarbeit mit verantwortlich für niedrige Löhne**

Das Thema Zeitarbeit bleibt auf der Tagesordnung des Arbeitskreises Wirtschaft der Graf-

schafter SPD. »Zeitarbeit darf die Stammbesellschaften in den Betrieben nicht verdrängen«,

so der Arbeitskreissprecher Rudolf Tuin gegenüber unserer Zeitung. Dies habe fatale Auswirkungen auf die in der Grafschaft schon ohnehin geringe Kaufkraft (siehe Karte). »Der Euro gehört in die Lohntüte und nicht die Kassen der Verleihfirmen«, so Tuin weiter.



**Generell spricht sich der Arbeitskreis Wirtschaft für einen Mindestlohn in allen Branchen aus. »Wenn die CDU schon einen branchenübergreifenden Mindestlohn verhindert, dann muss sie wenigstens bei der Zeitarbeit mitmachen«, appelliert Tuin.** ■

**Ausbildungschancen für Jugendliche verbessern**

**Arbeitsschwerpunkt des Arbeitskreises Bildung der Grafschafter SPD soll im Jahr 2008 die Schule an zwei entgegengesetzten »Enden« des Schulsystems sein.**

ten Ausbildungschancen. Wir wollen wissen, wo sich Chancen optimieren lassen. Ebenso stehen Berufsakademien und Fachhochschulen auf dem Themenzettel«, so Arbeitskreissprecher Rainer Deters aus Bad Bentheim.



»Zum einen wollen wir uns um die Berufsausbildungsmöglichkeiten für Grafschafter Jugendliche kümmern und uns in den Berufsbildenden Schulen informieren. Immer noch gibt es zu viele Jugendliche mit schlech-

ten Lernformen erkunden, bei denen das lernende Kind im Mittelpunkt steht: Lernwerkstatt, Gruppenarbeit, differenzierte

Eingangsstufe und ähnliche Ansätze. Anschließend werden wir gemeinsam mit Lehrkräften Umsetzungsmöglichkeiten untersuchen und ausprobieren«, so Deters. ■

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
SPD Kreisverband Grafschaft Bentheim  
V.i.S.d.P. Dieter Steinecke (Kreisvorsitzender)  
Stadtring 38 · 48527 Nordhorn

**»Kinderrechte ins Grundgesetz«**

Die Rede des Grafschafter Abgeordneten Dieter Steinecke vor dem Deutschen Bundestag über die Verbesserungen des Kinderschutzes stieß im Dezember auf großes Medieninteresse. Der Parlamentarier aus Uelsen stellte eines klar: »Kinderrechte müssen im Grundgesetz festgeschrieben werden.«



© Deutscher Bundestag/Lichtbild/Achim Melde

Steinecke stellte die Dimension der Not von Kindern in Deutschland deutlich dar: »Es sind nicht die aus den Medien bekannten Gewaltexzesse gegen Kinder, denen unser Augenmerk allein gelten muss. Es ist daneben ein zunehmender Trend der Verwahrlosung zu verzeichnen, dem die Gesellschaft und damit auch die Politik begegnen muss. Die Verwahrlosung, von der ich spreche, ist übrigens kein Phänomen, das sich am Rande unserer Gesellschaft abspielt. Wir finden sie mittlerweile in allen Schichten vor - wenn wir sie denn finden.« Um möglichst viele Kinder zu erreichen, sprach sich Steinecke für regelmäßige verpflichtende Untersuchungen in Schulen aus: »So könnten wir fast alle Kinder erreichen, könnten Anzeichen von Verwahrlosung, Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch festgestellt werden - sicherlich nicht alle, in jedem Falle aber mehr als heute.«

Die Rede wurde live vom Fernsehsender Phoenix übertragen, außerdem steht sie zum Download unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) bereit. ■